



CDU - Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Herrn Bürgermeister der Stadt Rheinbach
Ludger Banken
Schweigelstr. 23
53359 Rheinbach

22.02.2024

Antrag der CDU-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität am 12.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Banken,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Schiebener,

die CDU-Fraktion stellt zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität am 12.03.2024 folgende Anträge:

- 1. Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität der Stadt Rheinbach beschließt durch eine entsprechende Zusatzbeschilderung allen Kraftwagen und Krafträdern die Nutzung der derzeit eingerichteten Fahrradstraßen in Rheinbach zu erlauben. Dabei bleibt in diesen Straßen der Vorrang des Radverkehrs gegenüber dem KFZ-Verkehr uneingeschränkt erhalten.**
- 2. Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität der Stadt Rheinbach beschließt den Rückbau der Fahrradstraße auf dem südlichen Teilstück der Straße „Stadtpark“ zwischen den Straßen „Lurheck“ und „Villeneuver Straße“.**

Begründung zu 1.:

Im Oktober 2023 wurden durch die Stadtverwaltung die Straßen „Bachstraße“, „Kleine Heeg“, „Kriegerstraße“, „Stadtpark“ und „Turmstraße“ zu Fahrradstraßen umgewidmet. Seitdem dürfen diese Straßen mit dem KFZ nur noch von Anliegern befahren werden.

Die Stadtverwaltung beruft sich dabei auf einen Beschluss des Rates vom 31.08.2020, in dem dieser beschlossen hat, „Die blauen Straßen von Rheinbach“ als Verkehrsversuch zu beantragen. Das ursprüngliche wie auch das konkretisierte Konzept sah die Verdrängung des motorisierten Verkehrs ausdrücklich nicht vor! Zitat aus dem beschlossenen Konzept: „... *im Übrigen wird der Kfz-Verkehr nirgendwo verdrängt, ihm werden lediglich an mehreren Stellen Vorfahrtsrechte genommen.*“ Bekanntlich ist die Genehmigung für den Verkehrsversuch vom Verkehrsministerium NRW nicht erteilt worden. Damit durfte das Konzept die „Die blauen Straßen von Rheinbach“ nicht umgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren mit Nachdruck für ein deutlich verbessertes Radfahrangebot in Rheinbach ein. Dies wird jedoch nicht dadurch erreicht, dass viel befahrene Straßen per Umwidmung nur noch für wenige Verkehrsteilnehmer zu befahren sind. Solche Maßnahmen führen nicht zu der angestrebten Verhaltensänderung, sondern fördern das Konfliktpotenzial zwischen Rad- und Autofahrern. Neben den vielen anderen Verbesserungen für den Radverkehr sehen wir die Fahrradstraßen trotz Öffnung für den motorisierten Verkehr als eine zusätzliche deutliche Verbesserung für den Radverkehr an. Denn auf den Fahrradstraßen kann sich der Radverkehr sicher fortbewegen, hat Vorrang gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern und gibt die Geschwindigkeit bis max. 30 km/h vor.

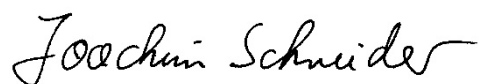
Weitere Begründungen für den Antrag sind:

- In allen Leitfäden zur Einführung von Fahrradstraßen wird dazu geraten, vorab ein Verkehrsentwicklungskonzept zu erstellen, in dem die Auswirkungen der Einführung von Fahrradstraßen geprüft werden. Der Rat der Stadt Rheinbach hat im Sommer letzten Jahres die Erstellung eines umfangreichen Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) in Auftrag gegeben, in dem selbstverständlich auch Verbesserungen für den Radverkehr entwickelt werden. Dieser VEP ist aus Sicht der CDU zwingend abzuwarten, bevor so massiv einschränkende Veränderungen beschlossen und umgesetzt werden.
- Verkehrsregelungen sollten für unsere Bürgerinnen und Bürger gemacht werden. Eine deutliche Mehrheit der Rheinbacherinnen und Rheinbacher spricht sich in zahlreichen Diskussionen, einer Demonstration, in Leserbriefen und öffentlichen Veranstaltungen für die Öffnung der Fahrradstraßen für den motorisierten Verkehr aus.
- Die Realität zeigt, dass die Fahrradstraßen mit den derzeitigen Beschränkungen nicht akzeptiert werden. Trotz Fahrverbot werden die Fahrradstraßen von KFZ befahren. Somit wird die von der Verwaltung gewünschte Wirkung nicht erzielt.

Begründung zu 2.:

Die Umwidmung des südlichen Teils der Straße „Stadtpark“ zur Fahrradstraße wurde von der Verwaltung zu keinem Zeitpunkt kommuniziert. Ein Monat vor Einführung der Fahrradstraßen berichtete die Verwaltung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität über den Stand des Arbeitspaketes Fahrradstraßen. In der Anlage zur Verwaltungsvorlage ist der in Frage stehende südliche Teil der Straße Stadtpark nicht als Fahrradstraße markiert. Die CDU hält die Fahrradstraße an dieser Stelle aufgrund des ausgebauten Radweges parallel zur Straße und einem vorhandenen separaten, ausreichend breiten Fußgängerweg für entbehrlich. Die in den Diskussionen immer wieder geforderte Trennung der Verkehrsteilnehmer kann durch eine entsprechende Beschilderung des Radweges erreicht werden, so dass Radfahrer den Radweg und Fußgänger ausschließlich den vorhandenen Gehweg nutzen müssen. Wenn dieser Teil des Stadtparks für den KFZ-Verkehr weiterhin gesperrt bleibt, sind die stark frequentierten Ziele (drei Schulen, drei und zukünftig vier Sporthallen, Stadthalle, Sportplatz und Wanderparkplatz) nur über die Hauptstraße zu erreichen. Alle Fraktionen haben in der Vergangenheit immer die Forderung formuliert, die Hauptstraße möglichst vom Verkehr zu entlasten.

Mit freundlichen Grüßen



Joachim Schneider
Vorsitzender CDU-Fraktion